

Protokoll der Sitzung am 16.06.03 im Staatliches Schulamt Frankfurt. Sitzungsbeginn: 18 Uhr
Sitzungsende: 20.30 Uhr
TeilnehmerInnen:

Hessisches Kultusministerium vertreten durch: Herr Jacobi, Herrn Liese
Staatliches Schulamt vertreten durch: Herr Eifert, Herrn Krösa, Herrn Sommer,
Herrn Ebert, Frau Bouffier-Spindler,
Herr Dörfel (EDV)

ElternvertreterInnen s. Anwesenheitsliste

Vorsitz und Diskussionsleitung der Eltern hatte Herr Volkmann
Herr Volkmann stellt die von den Eltern gewünschten Themen vor, die heute vordringlich zur
Diskussion kommen sollen:

- Anzahl Planstellen
- Vertretungslehrer und Budget dazu
- Worauf beziehen sich 92 % und woher kommt diese Zahl
- Wann und wie sollen 100 % erreicht werden
- Finanzplanung HKM (Haushaltsplan der Regierung)
- Sonderregel für Frankfurt
- Perspektivische Sichtweisen
- Terminsetzen für Zusagen

Herr Volkmann erinnert an den Brief des Ministerpräsidenten Roland Koch und an die Demo in der
Stadt am 18.01.03 kurz vor den hessischen Landtagswahlen..

Die Wahlen sind längst vorbei, die Situation an den Frankfurter Gymnasien hat sich jedoch nicht
verbessert. Der Unterricht konnte nur deshalb in ausreichendem Umfang durchgeführt werden, da
eine große Anzahl von Vertretungslehrer/innen eingesetzt worden sind. Deren Verträge laufen zum
Schuljahresende aus, weshalb von den Eltern befürchtet wird, dass sich die Situation im neuen
Schuljahr drastisch verschlechtert. Deshalb nahmen die Elternvertreter Kontakt mit dem Ministerium
auf.

Herr Liese sagt, dass das HKM mit dem Staatlichen Schulamt ständig in Kontakt steht und man
bemüht sei, im neuen Schuljahr eine 100 %ige Versorgung zu schaffen. Aktuelle Zahlen könne und
möchte man zum heutigen Zeitpunkt jedoch nicht veröffentlichen, da alle Zahlen im Moment nur
Prognosen sind (Planstand: Juni 2003). Erst bei genauer Kenntnis der tatsächlichen Schülerzahl pro
Jahrgang geteilt durch 33 pro Klasse könne man die benötigte Anzahl der Lehrer pro Schule nennen.
Dies stehe erst im September 03 wirklich fest.

Ferner wurde mitgeteilt, dass im letzten Quartal bereits 13 befristete Stellen (BAT) als Lehrer zum 01.
Februar 2003 übernommen wurden. Insgesamt sollen 43 neue Stellen an Frankfurter Gymnasien
geschaffen werden. Dies entspricht 18 „echten“ Stellen, wenn Pensionierungen mit eingerechnet
werden.

Herr Ebert berichtet vom Ist-Zustand:

818,2 Stellen sind Frankfurter Gymnasien zugewiesen. Grundlage für seine Planung ist die Schätzung
der Schülerzahl durch die Schulleiter im Februar 03 auf Grund der vorliegenden Anmeldungen (nicht
eingerechnet: Umzüge, Sitzenbleiber, Schulwechsler).
Daraus ergibt sich ein Gesamtbedarf von 862 Stellen. Der Unterschied erklärt sich aus den benötigten
Stunden für besondere Aufgaben. Damit hat Frankfurt eine Lehrerzuweisung von 4.415 Stellen. Dies
entspricht 5.500 Personen insgesamt.

Die neue Berechnung sieht wie folgt aus:

Frankfurt hat einen Bedarf von Sollzahl Stellen:	862
Vorraussichtl. Ist-Stellen:	<u>830</u>
Stellen-Differenz:	32

Zzgl. 7 weiteren Stellen an Gymnasien macht eine Unterdeckung von 39 Stellen.
Es wurden bereits 5 Einbesetzungen vorgenommen.

Alle Planstellen seien jetzt schon vergeben und den Schulleitern bekannt.
10 LehrerInnen werden/ wurden pensioniert.

Herr Jacobi: Erst wenn alle Schüler da sind, können die LehrerInnen verteilt werden!
Die Anzahl der LehrerInnen wird nach Stundentafel zugewiesen zzgl. (mit Priorität 2) zusätzliche Kapazität für außerunterrichtlichen Bedarf und Sonderzuteilungen.
In der Oberstufe gibt es einen Zuteilungsschlüssel von 1,675 Lehrerstunden pro Schüler.
Die Klassen der Unter- und Mittelstufen müssen allerdings auf 33 Kinder aufgefüllt werden.
Dieses wurde von den Eltern energisch kritisiert, da gerade eine unserer Forderungen war, die Klassenstärke zu reduzieren bzw. wenigstens den vorhandenen räumlichen Gegebenheiten anzupassen. Ein Auffüllen auf 33 SchülerInnen/ Klasse bedeutet somit für die Eltern einen echten Rückschritt.
Ebenfalls wurde seitens der Eltern Vertretungsreserve bei Krankheit, Klassenfahrt, Fortbildung etc. gefordert. Die vorhandenen Planstellen sind zu knapp kalkuliert, es ist keine Reserve eingebaut.

Herr Liese: Es wird ein Konzept für bessere Versorgung bei Vertretungsfällen derzeit erarbeitet. Dafür wurde eine Schule „auserwählt“ die im ständigen Kontakt mit dem Staatlichen Schulamt steht und jede Fehlzeit meldet. Befindet sich noch in der Testphase.
Darüber hinaus soll es von amtlicher Stelle eine Erhebung über Fehlzeiten/ Unterrichtsausfall geben (online). Wieder derzeit nur an ausgewählten Schulen als Test.

Die Frage: „Wie setzen sich die 92% zusammen, die von einigen SchulleiterInnen als Abdeckung genannt wurden?“, konnte nicht beantwortet werden, da sich die Damen und Herren über das Zustandekommen dieser Zahl wunderten.

Vertretungsverträge: Die Vertretungsverträge sind an das Teilzeit- und Befristungsgesetz geknüpft. Das besondere daran: Es müssen echte Vertretungsgründe vorliegen wie
- lange Erkrankungen,
- Erziehungsurlaube und
- Kopplung an Langzeitabwesenheit einer anderen Person.
Der Vertretungsvertrag endet bei Wegfall des Vertretungsgrundes.

Viele Schulen können ihren Unterricht nur noch mit Hilfe von VertretungslehrerInnen aufrecht erhalten. Hierbei handelt es sich um „echte“ und „unechte“ Vertretungsverträge. Unechte Vertretungsverträge soll es künftig überhaupt nicht mehr geben.

Eltern: Abdeckung für mehrfach Kurzzeitkranke ist nicht gegeben, es wird eine Systemänderung gewünscht !

Herr Jacobi: Vertretungsmodus müsste geändert werden, evtl. Vertretungsreserve, Haushaltsansatz mit Reservevolumen. Im Haushalt des nächsten Schuljahres seien 39 Mio Euro für Vertretungsverträge für alle Schulbezirke zusammen eingeplant. Die außerordentlich hohe Zahl von Vertretungsverträgen, die es vor der Wahl gab, wird es nicht mehr geben.

Eltern: Wenn die Schülerzahlen im September feststehen, wird es dann zu einer 100%-igen Abdeckung kommen?

Staatl. Schulamt: „Wir glauben, wir schaffen es.“

Das Staatliche Schulamt geht davon aus, dass die vorliegenden Bedarfsmeldungen der Schulen um ca. 5% überhöht seien.

Eltern: Fehlende Stellen müssen nach Bekanntgabe der „echten“ Zahlen auf die geforderten 100% aufgestockt werden. Sollte dafür das Geld nicht vorhanden sein, muss eben aufgestockt werden.

Eltern: Im Nov./ Dez. 02 gab es einen angeblichen Überhang von 25 Stellen. Im Februar fehlten diese Stellen. Wie erklärt man sich diese Diskrepanz? Erklären konnte sich das auch keiner. Mit dem neuen Rechensystem und der damit erfolgten Berechnung wird davon ausgegangen, dass die Berechnungen genauer und besser sind.

Thema Sonderfall Frankfurt

(Zur Erinnerung: Viele alte Gebäude, Klassenräume häufig zu klein, multikulturelle Schülerschaft, Großstadtauswirkung auf die Kinder etc.)

Herr Jacobi: Eine Sonderregelung für Frankfurt ist weder nötig noch möglich.

Eltern: Protest. Eine Klasse an einem Frankfurter Gymnasium setzt sich anders zusammen als im Kreis Marburg-Biedenkopf (Beispiel!). Dort sind die Gebäude in der Regel größer und moderner, die Bevölkerung nicht so vielschichtig wie in der Stadt.

Dieser „Sonderfall Frankfurt“ sollte auf der politischen Ebene weiter verfolgt werden. Auf keinen Fall wird eine Ablehnung des Vorhandenseins dieses Sonderfalls akzeptiert.

Auf die Frage der Fremdschüler wurde mitgeteilt, dass Frankfurt keine auswärtigen Schüler mehr annehmen soll.

Thema „schlechte“ LehrerInnen.

Die Anforderungen an die SchülerInnen wachsen, bzw. werden verschärft. Die LehrerInnen kommen nicht nach. Man hat keine Möglichkeit, sich gegen einen schlechten Lehrer zur Wehr zu setzen.

Antwort: Mit schlechtem Personal habe jeder Arbeitgeber zu kämpfen. Die SchulleiterInnen müssen sich darum kümmern. Beamtenrechtlich schwierig. Hilfreich sind hier Mitarbeitergespräche, disziplinarische Maßnahmen etc.

Desweiteren ist eine Regelbeurteilung für LehrerInnen in Planung.

Eltern beantragten mündlich bei den Vertretern des Ministeriums, dass ausreichend Geld in den noch nicht beschlossenen Haushalt vorgesehen wird, um sicher zu stellen, dass schnell auf Personalmängel im Schulbereich reagiert werden kann.

Die Forderung nach voller Unterrichtsabdeckung, Vertretungsreserve, sowie Möglichkeiten für zusätzliche Kursangebote wurde nochmals betont.

Ebenfalls beantragten die Eltern bei den Vertretern des Ministeriums, den Sonderstatus Frankfurt zu überdenken.

Fazit:

- Grundlage der Planung für das neue Schuljahr sind Prognosen auf Grund von Zahlen dieses Frühjahrs.
- Es sind keine konkreten Zahlen vor September 03 zu erwarten
- Fehlende Stellen müssen nach der Bekanntgabe der echten Zahlen aufgestockt werden, ggf. auch durch unechte Vertretungsverträge.
- Die Aspekte von Unterrichtsqualität müssen noch diskutiert werden.
- Der Informationsfluss soll verbessert werden, indem der Gymnasialausschuss und der Städtelternbeirat auf alle Verteilerlisten gesetzt wird
- Der Sonderstatus Frankfurt wird weiterhin diskutiert

Nächstes Treffen: Drei Wochen nach Schulbeginn (18. oder 19. September 2003). Jede Schule soll dann berichten, ob es mit der 100%-Abdeckung geklappt hat!

Aufgestellt 22.06.2003/ 14.07.2003
Hildegard Arp
Sylvia Decher